

Az.: 6430.02-41.4-8086

**Vollzug der Wassergesetze und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);**

**Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 5 Abs. 1 i. V. m. § 7 Abs. 1 UVPG,  
Antrag auf Erteilung einer Plangenehmigung nach § 68 WHG für die Errichtung  
von Dammbauten und**

**Antrag auf Erteilung einer beschränkten wasserrechtlichen Erlaubnis nach Art.  
15 BayWG zum dauerhaften Einstau von Grund- und Niederschlagswasser  
im Rahmen der Wiederherstellung / Renaturierung des Hochmoores „Sindels-  
bachfilz“ im Bereich der Gemeinde Sindelsdorf, Landkreis Weilheim-Schongau**

**Antragsteller/Maßnahmenträger**

**Landkreis Weilheim-Schongau**

**Pütrichstraße 8**

**82362 Weilheim i.OB**

## **BEKANNTMACHUNG**

Der Landkreis Weilheim-Schongau plant eine Renaturierung des Hochmoores „Sindelsbachfilz“ im Gemeindegebiet Sindelsdorf.

Da es sich hierbei um einen Gewässerausbau gem. § 67 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) handelt, ist im Vorfeld ein wasserrechtliches Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsverfahren nach § 68 Abs. 1, 2 WHG durchzuführen, an dessen Ende über die Erteilung der jeweiligen wasserrechtlichen Gestattung entschieden wird.

Für das geplante Vorhaben ist gem. § 5 Abs. 1 i.V.m. § 7 Abs. 1 UVPG, Nr. 13.18.1 der Anlage 1 zum UVPG eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht durchzuführen.

Da die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls vom 18.08.2022 nach § 7 Abs. 1 UVPG ergeben hat, dass die in § 2 Abs. 1 UVPG genannten Schutzgüter (Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sowie die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern) durch das Vorhaben nicht erheblich nachteilig betroffen werden und auch nach Einschätzung der beteiligten Träger öffentlicher Belange keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Insbesondere war festzustellen, dass trotz der baulich erforderlichen Eingriffe (Errichtung von Deich- und Dammbauten) zum Zwecke der Renaturierung und Wiederherstellung eines funktionstüchtigen Moores die Vorteile für den Naturhaushalt überwiegen.

Diese Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG bekannt gegeben.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Es handelt sich hierbei lediglich um die Vorprüfung einer eventuellen UVP-Pflicht.

Die Prüfung der sonstigen Zulassungsvoraussetzungen wird erst im wasserrechtlichen Gestattungsverfahren erfolgen.

Schongau, den 17.01.2023

Landratsamt Weilheim-Schongau

**gez.**

Fendt